

[ES] Spanischer Kongress weist umstrittene Urheberrechtsvorlage zurück

IRIS 2011-2:1/23

*Pedro Letai
IE Law School, Instituto de Empresa, Madrid*

Am 21. Dezember 2010 hat der spanische Kongress einen umstrittenen Entwurf zum Urheberrecht zurückgewiesen, der Rechteinhaber geistigen Eigentums vor Internet-Downloadern schützen sollte. Alle großen spanischen Parteien mit Ausnahme der Sozialistischen Partei von Premierminister José Luis Rodríguez Zapatero wiesen die nach Kulturministerin Ángeles González-Sinde genannte Sinde-Vorlage, zurück. Der Gesetzentwurf sah die Einrichtung einer Regierungskommission vor, die den Gerichten Einzelheiten über Websites mitgeteilt hätte, die Zugang zu urheberrechtlich geschütztem Material wie Musik, Filmen, Videospielen oder Software bieten. Ein Richter hätte dann die Schließung von Websites anordnen können, die gegen das Urheberrecht verstoßen.

Der Sinde-Entwurf hätte der Kommission für geistiges Eigentum, einem Verwaltungsgremium beim Kulturministerium, Vollmacht gegeben, Beschwerden zu bearbeiten und die Schließung oder Sperrung von Websites vorzuschlagen. Die gerichtliche Überprüfung hätte der *Sala de lo Contencioso Administrativo de la Audiencia Nacional* (der Kammer für Verwaltungsangelegenheiten des nationalen Gerichtshofs) obliegen, die innerhalb von vier Tagen zu entscheiden hätte.

Einwände gegen den Sinde-Entwurf wurden bereits bei der ersten Textfassung erhoben. Die Opposition, die mehrere Änderungen eingebracht hatte, um einen größeren gerichtlichen Einfluss in diesem Prozess zu gewährleisten, war für einen gemäßigteren Ansatz. Sie erklärte, sie unterstütze die Rechte des geistigen Eigentums, lehnte das Vorhaben der Regierung aber grundsätzlich ab. Aus Sicht der Oppositionsparteien würde die Bestimmung ein beschleunigtes Gerichtsverfahren festlegen, wodurch die Kommission für geistiges Eigentum die Vollmacht erhielte, Websites zu schließen. Die Opposition beharrte darauf, dass zwar die Schließung von Websites, über die urheberrechtlich geschützte Dateien einschließlich Musik, Filme, Videospiele und Software heruntergeladen werden können, gesetzlich geregelt werden könne, jedoch ausschließlich mit richterlicher Genehmigung.

Die Sozialistische Partei machte geltend, im Gesetzentwurf seien ausreichend gerichtliche Garantien enthalten, da letztlich der nationale Gerichtshof darüber entscheide, die Schließung von Websites, die Rechte des geistigen Eigentums verletzen, zu autorisieren. Für die Kritiker des Gesetzes sind solche Garantien

nicht vorhanden, da der Gerichtshof nicht in der Sache entscheide.

Die Kritiker des Gesetzes sollten jedoch nicht verfrüht jubeln. Der Entwurf zum Urheberrecht wird gerade im Senat erörtert. Im Senat könnten die Sozialisten mit anderen Parteien über deren Unterstützung verhandeln und, sollte dies nicht gelingen, einen Kompromiss mit ihnen aushandeln. Das heisst, die Sinde-Vorlage ist noch nicht tot.

Anteproyecto de Ley de Economía Sostenible

<http://www.meh.es/Documentacion/Publico/PortalVarios/Gestión%20del%20Portal/Anteproyecto%20de%20ley%20de%20econom%C3%ADa%20sostenible,%208%20en%20ero,%20rev1.pdf>

Gesetzesvorlage zu nachhaltiger Wirtschaft

